

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Preisliste: Einzelnummer 25 Pf., Durch Postlagerl. 1.20 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nikolaistr. 49/50.
Verlag: Sozialistischer Verlag, u. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 100 mm, oberer Rand 5 mm, unterer Rand 5 mm, seitliche Ränder 5 mm.
Reklame: Die Reklamen werden separat abgerechnet.

Ostprenussische Landarbeiter und Eisenbahner für die gemeinsame Kampffront des Proletariats.

Aus allen Ecken und Enden des Reiches, aus allen Schichten der Arbeiterschaft strömen uns die Stimmen zu, die die einheitliche proletarische Kampffront und die Einleitung der im Offenen Brief der V.K.P.D. vorgeschlagenen Aktionen verlangen.

Eine Landarbeiterversammlung in Engelstein im Kreise Angerburg beschloß folgende Resolution:

Die heute hier versammelten Landarbeiter erklären sich einverstanden mit den Forderungen der V.K.P.D., die sie im Offenen Briefe gestellt hat und verlangen vom Deutschen Landarbeiterverband, daß er sich sofort offiziell an die anderen bestehenden Organisationen wendet, zwecks Einleitung der Aktion, zur Ausbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Die Königsberger Eisenbahner faßten folgenden Beschluß:

Die am 23. Januar 1921 tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Königsberg, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Versuch des Hauptverbandes, durch Ausschluß der tätigen Kommunisten den Verband zu spalten. Die Versammlung erkennt im Gegensatz dazu an, daß die betreffenden Kollegen als tüchtige Gewerkschaftler bei den kommenden Kämpfen an erster Stelle stehen und ihre Pflicht voll und ganz erfüllen werden. Ebenfalls verurteilt die Versammlung die Anschuldigungen des Hauptverbandes, daß durch die Kommunisten die gewerkschaftliche Einheitsfront zersört werden würde. Die Versammlung fordert den Hauptverband auf, den Offenen Brief der V.K.P.D. anzunehmen und im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahingehend zu wirken, daß in diesem Sinne in Zukunft gearbeitet wird.

Eine öffentliche Versammlung der Arbeiterschaft von Elbing stimmte den Forderungen unseres Offenen Briefes begeistert zu. Die Arbeiter Elbings verlangen von den Gewerkschaften und politischen Arbeiterorganisationen die Einleitung sofortiger Schritte, um diese Forderungen zu verwirklichen.

Das Gewerkschaftskartell in Harzburg, dem neben Kommunisten auch Unabhängige und Rechtssozialisten angehören, beschloß in seiner letzten Sitzung:

Die am 24. Januar 1921 in Harzburg stattfindende Gewerkschaftskartellversammlung beauftragt das Bezirkskartell Braunschweig, für die von den Statutarbeitern angebotenen fünf For-

derungen anzutreten und fordert die Organisationen auf, sich zur Einheitsfront zusammenzuschließen.

Auf den Anstoß unserer Partei hin finden sich Nord und Süd, Ost und West, unabhängige und mehrheitssozialistische Arbeiter, junge und alte Gewerkschaftsorganisationen, ganze Ortskartelle zusammen, um sich diese Forderungen zu eigen zu machen und den Kampf für sie zu verlangen. Unsere Organisationen werden dafür sorgen, daß dieser Sturm mehr und mehr anschwillt.

Schon jetzt kann die Gewerkschaftsbürokratie sehen, daß ihre Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften, ihr Versuch, die Kommunisten, die zu Aktionen drängen, hinauszuerwerfen, bei den Mitgliedern keinen Anklang findet, daß vielmehr der Ruf der Kommunisten zur Sammlung der gesamten Arbeiterschaft zum Kampf um ein Stück Brot stärker ist als ihre Spaltungshege und daß er im Begriff ist, sich gleichzeitig zu einem Kampfruf gegen die kampfunlustige Gewerkschaftsbürokratie und die Führerschaft der S.P.D. und U.S.P. umzuwenden.

Wir rufen den Herrschaften und wir rufen unseren Organisationen zu: Noch sind wir erst am Anfang. Die Kommunistische Partei hat mit dem Offenen Brief eine Aktion begonnen, die einen langen Atem hat. Schon antworten ihrem Ruf Arbeiterstimmen von allen Ecken und Enden. Die V.K.P.D. wird nicht ablassen, sie wird mit jedem Tag an neue Arbeiterschichten herantreten, sie wird eine zähe, rastlose, durch nichts abzulenkende, durch nichts einzuschüchternde Arbeit daransetzen, um die Arbeiterschaft über die Köpfe der widerstrebenden Führerschaft hinweg zusammenzufassen und zu mobilisieren.

Raslos ans Werk, Genossen! Jeder Tag der Arbeit bringt uns vorwärts, bringt uns näher den leidenden Massen, schlägt Breche in die sabotierende Führerschaft, rückt die Stunde näher, wo das Proletariat vom Aufmarsch zum Vorrückenlassen seiner Front gegen Hunger, gegen Wirtschaftskrisen, gegen Wohnungsnot, gegen die Orgeßbanden übergehen kann.

ihre besondere Nachstellung zur Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung auszunutzen. Bergarbeiter, merkt Euch das, wenn Ihr eure Forderungen stellt.

Streikultimatum der polnischen Landarbeiter.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)
Warschau, 28. Januar 1921. Der Gewerkschaftsverband der polnischen Landarbeiter hat den Beschluß gefaßt, am 5. Februar in den Streik zu treten, und keine der notwendigen landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten vorzunehmen, wenn die Gutsbesitzer nicht sämtliche Forderungen der Landarbeiter bis dahin erfüllen.

Steigende Arbeitslosigkeit in ganz Polen!

Warschau, 28. Januar 1921. Infolge Kohlen- und Rohstoffmangels durchlebt Polen eine sehr schwere wirtschaftliche Krise. In Lodz haben alle Spinnereien und Webereien die Arbeit eingestellt. In Bialystok sind fast alle Tuchfabriken geschlossen. Die Arbeitslosigkeit steigt stetig.

Kundgebungen der Arbeitslosen in Boulogne.

Im Gebiet von Boulogne nimmt die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie ständig zu. Die Arbeitslosen haben dort dieser Tage große Straßenkundgebungen veranstaltet.

Weltkongreß der roten Gewerkschaftsinternationale 1. Mai 21.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)
Riga, 27. Januar. Zum 1. Mai ist in Moskau der Internationale Weltkongreß der roten Gewerkschaften angesetzt. Dieser Kongreß wird vom Internationalen Rat der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale zusammen einberufen.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz.

Paris, 29. Januar. (Gavas.)

Die Sitzung des engeren Ausschusses ging heute nacht 12 Uhr 20 zu Ende. Nach einem arbeitsreichen Verhandlungstage gelangte der Ausschuß abends zu einem Uebereinkommen, das heute morgen in der Vollendung der Konferenz zu einem endgültigen sich gestalten wird. Das für die deutsche Reparationszahlung angenommene System ist das folgende:

Zahlung in 42 Annuitäten ab 1. Mai 1921 nach folgender Staffelung: Die beiden ersten Jahreszahlungen 2 Milliarden Goldmark, die 3 folgenden: 3 Milliarden, die nächsten: 4 Milliarden, die 3 weiteren: 5 Milliarden und die 31 letzten 6 Milliarden. Andererseits muß Deutschland während 42 Jahre eine Lage von 12 Prozent „ad valorem“ auf seine Ausfuhr zahlen. Diese Lage wird von der Reparationskommission erhoben werden.

Um Deutschland anzuspornen, sich möglichst rasch seiner Verpflichtungen zu entledigen, wird ihm ein Diskont auf die festgesetzten Annuitäten gewährt, und zwar bis zu 8 Prozent in den beiden ersten Jahren, 6 Prozent in den beiden folgenden und 5 Prozent für den Rest der Frist, wenn es seine Zahlungen vor den vorgesehene Zeitpunkten ausführt. Als „Sanktion“ für die Ausführung seiner Verpflichtungen sieht das Uebereinkommen die Verpfändung der deutschen Hölle (la mise en gage) unter der Kontrolle der Reparationskommission vor, ferner die Festsetzung neuer oder höherer Zagen ohne Rücksicht auf alle Maßnahmen, die die alliierten Regierungen treffen könnten, falls die vorhergehenden Maßnahmen ungenügend sein sollten. Schließlich soll Deutschland keine auswärtige Anleihe aufnehmen können, ohne durch die Reparationskommission dazu berechtigt zu sein.

Paris, 29. Januar.

Die die Gavas-Agentur nicht offiziell meldet, hat die Konferenz in ihrer Vormittagsitzung den Bericht des internationalen militärischen Ausschusses in Versailles über die Entwaffnungsfrage angenommen; es wurde hierauf Deutschland für jede der noch auszuführenden Maßnahmen eine Frist bis zum 1. Juli bewilligt. Die folgenden Sicherungen der Durchführung sind vorgesehen:

- 1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande.
2. Besetzung neuen deutschen Gebietes,
3. Errichtung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden und endlich, auf Antrag vom Lord Curzon,
4. Einspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund.

Die Konferenz über die Orientfrage in London beginnt am 21. Februar. Die Konferenz mit den deutschen Ministern in der Reparationsfrage soll am 28. Februar in London stattfinden.

Die Konferenz tritt zu einer neuen Sitzung nachmittags 3 Uhr zusammen.

Paris, 29. Januar.

Wie die Abendpresse mitteilt, wird die Sachverständigenkonferenz in Brüssel am 7. Februar zusammentreten. Ihre Beratungen sollen bis zum 20. Februar beendet sein. Die Konferenz der Alliierten mit den Vertretern der Deutschen Regierung ist auf den 28. Februar festgesetzt worden.

Wenn Konferenzbeschlüsse den Lauf der Geschichte in ein Programm zwingen könnten, und die Worte dieser Beschlüsse um so, als könnten sie es, dann wäre hiermit das Schicksal Deutschlands für das nächste halbe Jahrhundert festgelegt. Aber in der Wirklichkeit sind die Probleme, vor die sich die Entente in Paris gestellt sah, viel komplizierter, ja, im Sinne der Entente unlösbar.

Nach mehrtägigem Hin und Her, bei dem der Kampf der verschiedenen Interessensphären in der Bourgeoisie der Ententeländer und die Unmöglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in einem kapitalistischen Europa das zum Ausdruck kam, ist man zu obiger Milliardenrechnung auf dem Papier gekommen. Sie soll nun zunächst den Sachverständigen und dann der deutschen Regierung vorgelegt werden. Es ist überflüssig, zu beweisen, daß diese Milliardenrechnung eine Groteske auf das Gesicht der kapitalistischen Phrasen aller Länder über den Wiederaufbau Europas ist.

Die neue Kohlenpreiserhöhung!

„Die notleidenden Bechenbarone.“

Berlin, 29. Januar. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrates hatten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit erneuten Anträgen auf Kohlenpreiserhöhung zu beschäftigen. Für das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat wurde eine Kohlenpreiserhöhung von 25 Mk. pro Tonne beantragt unter Bezugnahme auf bereits früher gestellte Anträge und auf das Ergebnis der durch den Reichskohlenverband und das Reichswirtschaftsministerium vorgenommenen Selbstkostenberechnungen, die (allerdings nach Berücksichtigung eines erheblichen Abschreibungsatzes auf Einrichtungen) für den Monat Oktober einen Mindererlös von etwa 12—15 Mk. pro Tonne ergeben hätten. Der Antrag fand gegen eine Stimme Annahme. Staatssekretär Dr. Girsch erhob im Auftrage der Reichsregierung aus Gründen des Gemeinwohls Einspruch. Ein Antrag des niederländischen Kohlenyndikats auf eine Preiserhöhung von 18,40 Mk. pro Tonne fand ebenfalls Annahme. Dies wurde indes mit der gleichen Begründung durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet. Der Antrag des mittel-deutschen und westfälischen Braunkohlenyndikats auf Preiserhöhung von 3,70 Mk. pro Tonne Rohkohle und 12,70 Mk. pro Tonne Bricketts fand schließlich unbeanstandet Annahme, nachdem ein Antrag auf weitergehende Preiserhöhung von 6 bzw. 19,70 Mk. mit Einspruch bedroht und zurückgewiesen worden war.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde die Frage, ob die Mittel für weitere Vermehrung der Bergarbeiterwohnungen durch eine erhöhte Kohlenabgabe zu beschaffen seien, verneint. Und zwar wurde hier ebenfalls mit dem Hinweis auf die Ueberfüllung des europäischen Kohlenmarktes operiert. Mühen doch auch bereits im Saarrevier Feiertagshütten eingelegt werden, da eine Störung des Abfahrs eingetreten ist und die Halbenbänke überfüllt sind, weshalb Saarkohle nach Italien und nach der Schweiz bzw. unter Austausch gegen Ruhrkohle nach Süddeutschland abgestoßen werden soll. Der errechnete Mindererlös ist natürlich ein Schwindel. Es kommt den Schloßbaronen nur wieder einmal darauf an,

In der Entwaffnungsfrage hat man eine neue Frist mit dem Endtermin 1. Juli festgelegt. Praktisch bedeutet dies, daß nichts auf Entwaffnung hinielendes geschehen wird, außer einigen Scheinmanövern vielleicht, und daß die deutsche Gegenrevolution weiter rüsten kann, um beim nächsten Krieg gegen Rußland dabei zu sein.

Die Pariser Konferenz hat gezeigt, daß sich alle Probleme in den Händen der kapitalistischen Regierungen immer mehr zu einem unlöslichen gordischen Knoten verwickeln, der nur noch mit dem Schwerte zerschlagen werden kann. Rußland, gegen das man den Schlag, der die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Europa in ein neues Verhältnis zueinander bringen soll, zu führen gedenkt, stand nicht auf der Tagesordnung der Pariser Konferenz und schwebte doch als maßgebender Faktor bei allen Entschlüssen unsichtbar über allen Beteiligten. Alle Mächte, die „Sieger“ wie die „Verstegten“, rüsten zu einem großen Kriege gegen Rußland. Gemeinsam wollen sie dabei der Weltrevolution einen schweren Schlag geben und jeder noch dazu einen möglichst großen Teil seiner imperialistischen Pläne verwirklichen.

Das ist der Punkt, den das Proletariat über alle Konferenzen, Noten und Pressenänderungen nicht aus dem Auge verlieren darf. Es muß rüsten für die Abwehr des Angriffs der Weltbourgeoisie auf Rußland und die Weltrevolution. Es muß nach Osteuropa auch in Mitteleuropa die proletarische Revolution zum Siege führen. Erst dann wird der Wiederaufbau Europas nicht mehr ein leeres Wort bleiben, sondern zur Tat werden.

## Politische Uebersicht.

### Die neuen Profitquellen.

Den kapitalistischen Profitquellen müssen alle Dinge zum Besten dienen. Selbst der Steuerabzug, für den nach dem neuen Einkommensteuergesetz die Unternehmer verantwortlich sind, soll für sie zu einer Verdienstmöglichkeit ausreifen. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände verlangt in einer Eingabe an die Reichsregierung, daß sie den Unternehmern die Unkosten ersetzt, die ihnen angeblich aus der Durchführung des Steuerabzuges vom Lohn ihrer Arbeiter und Angestellten erwachsen.

Die Forderung der deutschen Unternehmerverbände ist den bürgerlichen Parteien durchaus sympathisch, wie das schon bei den Beratungen über das Einkommensteuergesetz in der Nationalversammlung und im Reichstage zum Ausdruck gekommen ist. Das hindert sie natürlich nicht, über Korruption zu schreiben, wenn Arbeitervertreter für ihre unbefohlene Tätigkeit etwa im Dienste der Gemeinde eine Entschädigung für Wohnausfall und Unkosten verlangen. Die Arbeiterschaft soll nach der Meinung der Herrschenden die öffentliche Tätigkeit als Ehrenamt im Interesse der Allgemeinheit auffassen, als Staatsbürgerpflicht, und die Kosten dafür selbst tragen. Für die Angehörigen der besitzenden Schichten dagegen sind sie gera bereit, die öffentlichen Ehrenämter zu Staatsstrickelposten umzuwandeln.

### Edle Kämpfer.

Genossen Däumig wurde der Vorwurf gemacht, daß die von ihm früher geleitete Zeitschrift „Der Arbeiterat“ Gelder vom „Heimadienst“ erhalten habe und daß zugleich der Heimadienst wesentliche Zugeständnisse in bezug auf den redaktionellen Inhalt gemacht wurden. Diese üblen Verleumdungen, die von „Freiheit“ und „Vorwärts“ in behaglicher Breite ihren Lesern serviert wurden, sind schmähtlich zusammengebrochen. Eine Erklärung des Genossen Däumig, daß weder der „Heimadienst“ den „Arbeiterat“ finanziert habe, noch daß er im einzelnen informiert war über die finanzielle Grundlage der Zeitschrift, benutzte der „Vorwärts“ zu einer neuen Apoplexie des Genossen Däumig als „zu harmlos für eine politische Führerrolle.“ Von ihrem Standpunkt aus mögen damit die Vorwärtsleute recht haben. Sie sind „harmlos“ genug, um aus ihrer verklärten Welt heraus andere mit Dred zu befehlen. Sie sind „harmlos“ genug, um ausgerechnet als Zentralorgan der S.R.D., einer Partei, die sich vom Heimadienst ganze Wahlkämpfe bezahlen ließ, an die Unterstützung durch den Heimadienst die Schlussfolgerung der politischen Beeinflussung zu knüpfen. Sie müssen ja Bescheid wissen, wie der Heimadienst solche Dinge macht.

Sie übertreffen aber ihre eigene „Harmlosigkeit“, wenn sie ihre schmutzigen Anwürfe bringen in einer Zeitung, die, wie die gesamte nichtkommunistische Presse, fast täglich große Entschuldigungen hat aus dem obersten Inzeraten. Ob diese Harmlosigkeit den „Vorwärts“ davon überzeugen wird, daß die Artikel zur obersten Abstimmung anzunehmen, darüber mögen sich die Leser ihr eigenes Urteil bilden.

### Kat der Schuldbürger.

Gewerkschaftsführer fordern mehr Kurzarbeit. W.T.D. meldet: Berlin, 30. Januar. Unter dem Vorbehalt des Reichstages und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Reichstagsmitglieder und Vertretern der politischen Parteien des Reichstages fand heute eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Allseitig wurde betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheiten schaffen müßten, wofür sich Möglichkeiten insbesondere auf dem Arbeitsgebiete des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverwaltungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der verschiedenen Erwerbslosenanstalten betriebs werden, zeigten. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes scheint nach allgemeiner Auffassung die Beschaffung der Beschäftigten zu sein. Auch die zukünftigen Aufgaben der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert.

Aus dem Kreise der Gewerkschaften wurde die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurzarbeit, soweit die Frage des Wechsels der Belegschaft zur Erörterung gestellt.

Sie beraten, sie beraten... Ja, sie beraten schon monatelang über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und geben von Zeit zu Zeit Berichte, die zwar nur leere Worte enthalten, von denen man sich aber trotzdem verspricht, daß sie zur Verhütung der reichen und auch der armen, notleidenden Bürger beitragen. Auch diese Meldung ist leeres Geschwätz. Nur der Schlusssatz ist interessanter. In den Kreisen der Gewerkschaften trat man für mehr Kurzarbeit ein. Diese Gewerkschaftsführer wollen also einen Teil der

### Kandidatenliste der W.R.P.D., Bezirksverband Schlesien, für die Wahlen zum Preussischen Landtag.

1. Hugo Eberlein, Berlin, Buchdrucker,
2. Willy Ziegler, Breslau, Parteisekretär,
3. Max Gruschwitz, Breslau, Sekretär des Bekleidungsarbeiterverbandes,
4. Jacob Ronieczny, Walzenburg, Bergarbeiter,
5. Wilhelm Scholz, Landeshut, Sekretär des Textilarbeiterverbandes,
6. Alfred Hamann, Liegnitz, Holzarbeiter,
7. Franz Seidel, Jauer, Lehrer,
8. Richard Lamprecht, Haynau, Landarbeiter,
9. Robert Weinert, Neusalz, Schiffer,
10. Hermann Krause, Freiburg, Metallarbeiter,
11. Willy Schneider, Görlitz, Metallarbeiter,
12. August Heinzl, Liegnitz, Fabrikarbeiter,
13. Theobald Liekmann, Görlitz, Angestellter,
14. Hermann Schiller, Neusalzbrunn, Bergmann.

### Kandidatenliste der W.R.P.D. für die Wahlen zum Schles. Provinziallandtag.

1. Wilhelm Scholz, Landeshut, Sekretär des Textilarbeiterverbandes,
2. Gustav Simon, Breslau, Rechtsanwalt,
3. Konrad Niedel, Freiburg, Metallarbeiter,
4. Gustav Geister, Liegnitz, Elektromonteur,
5. Hermann Ammon, Breslau, Büroangestellter,
6. Oswald Scholz, Breslau, Metallarbeiter,
7. Georg Kamisch, Breslau, Mitglied des Erwerbslosenrats,
8. Konrad Frint, Neusalz, Stadtrat,
9. Gustav Schlag, Jermundorf, Glasarbeiter,
10. Franz Seidel, Jauer, Lehrer,
11. Richard Kohnstodt, Breslau, Gemeindearbeiter,
12. Hermann Schiller, Neusalzbrunn, Bergmann,
13. Theobald Liekmann, Görlitz, Angestellter,
14. Georg Postel, Deutsch-Lissa, Arbeiter,
15. Willy Demsky, Walzenburg, Bergarbeiter,
16. Josef Brunner, Schmiedeberg, Tischler.

### Achtung!

### Dringend!

Die Agitationsbezirke werden ersucht, umgehend aus sämtliche Referenten ihres Bezirks mitzuteilen. Gleichzeitig ist aus sofort bekanntzugeben, wann und wo für diese bereits Versammlungen festgesetzt sind. — Soweit Säle für die Wahlzeit noch nicht festgemacht sind, hat dies unverzüglich zu erfolgen. Für jeden Redner ist an allen Tagen der Wahlzeit ein Versammlung festzusetzen. Soweit ein Redner sich an rednerischen Kräften vorhanden ist, ist dieser sofort dem Bezirk bekannt zu geben, der sodann über ihn verfügt. Jeder von der Agitationsbezirksleitung als Redner bezeichnete Genosse ist verpflichtet, der Weisung, Referate zu halten, unbedingt und zu jeder Zeit in der Wahlperiode Folge zu leisten. Diese Pflicht geht allen anderen vor! Weigert sich ein Redner, diese selbstverständliche Parteipflicht zu erfüllen, so verliert er automatisch seine Funktionen in der Partei.

Den Rednern steht eine Vergütung gemäß den vom Bezirksverbandsauschuß festgelegten Sprechstunden von den Ortsgruppen resp. Unterbezirken zu. Soweit diese die Mittel nicht aufzubringen vermögen, sind Anforderungen an die Bezirksverbandsleitung zu richten.

Die Sammlungen zum Wahlfonds sind in allen Betrieben mit größtem Eifer durchzuführen, die Abrechnung hat bis zum 12. Februar zu erfolgen.

Bereinigtes kommunistische Partei Deutschlands Sektion der Dritten Internationale Bezirksverband VI, Schlesien.

Lein

Jetzt noch voll beschäftigen mit einem Teil der verhungerten Arbeitslosen zu Kurzarbeitern sozgen, die oft noch weniger verdienen wie die Arbeitslosenunterstützung ausmacht.

Die Schuldbürger haben sich in ihrer Hilflosigkeit allerhand dumme Dinge gemacht, die auf Kosten ihres Wohles geschehen. Diese Gewerkschaftsführer sind die den einzigen Ausweg den einheitliche Kampf des Proletariats gegen

das verrottete kapitalistische System nicht beschreiben wollen handeln nicht nur dumm, sondern verbrecherisch. Die organisierte Arbeiterschaft muß diese aus Dummheit verbrecherisch handelnden Gewerkschaftsführer zum Teufel jagen

### Die Orgesch zur Entwaffnungs-Komödie.

Während die militärischen Sachverständigen der Entente über die neuen Abrüstungsbestimmungen beraten, die sie der deutschen Regierung auferlegen wollen, läßt sich die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei zur Entwaffnung der bayerischen Einwohnereinheiten folgenbereits vernehmen:

„Eine Fristsetzung ist nur bei einem neuen Termin zur Beratung über die Möglichkeit eines Abbaues diskutierbar. Diese Lösung ist die einzig annehmbare, weil sie völlig in der Linie der bayerischen Einwohnereinheiten liegt. Sie hat sich wegen ihrer Entwaffnung zu keinem Zeitpunkt auf ein „Niemals“ verweist, sondern immer betont, „zur Zeit nicht“, und dieser Zeitpunkt hängt von der innerpolitischen Gestaltung Deutschlands und von der Lage im Osten ab, bei deren Ungewißheit und Gefahren wir uns zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht der Sicherungen gegen diese Gefahren berauben lassen können.“

Die Sprache der bayerischen Orgesch zeigt, was sie von der Pariser Entwaffnungskomödie und der Kraft, die ihren papierernen Beschlüssen innewohnt, hält. In dieser Einschätzung ist das deutsche Proletariat mit den Orgeschleuten einig. Es weiß, daß es im entscheidenden Kampf die Ententebourgeoisie nicht an seiner Seite, sondern an der Seite der Escheriche finden wird.

### Herr Bernstein, bitte, bessere Beweise.

Eduard Bernstein hat im „Vorwärts“ verleumderische Behauptungen gegen die Genossen Lenin, Trozki usw. aufgestellt. Auf eine parlamentarische Anfrage unserer Genossen verbreitet W.T.D. jetzt folgende offizielle Antwort:

Berlin, 30. Januar.

Auf eine Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Dürvel, ob während des Krieges Lenin, Trozki und andere Bolschewisten von der deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt worden seien, oder ob diese eine Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden zugelassen habe, erteilte Reichsminister Dr. Simons die Antwort, daß die Akten des Auswärtigen Amtes keinen Anhaltspunkt dafür geben, daß Lenin und Trozki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden seien, oder daß das Auswärtige Amt der Unterstützung dieser Politiker durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt hätte.

Herr Bernstein, als bitte, beweisen Sie. So lange Sie das nicht können und es wird ihnen unmöglich sein, sind und bleiben Sie ein elender Verleumder und Lügner.

### Ein französisches Urteil über Bernsteins neueste Lüge.

Eduard Bernsteins frecher Schwindel über die 50 Millionen Goldmark, die angeblich die Bolschewiki während des Weltkrieges von der deutschen Regierung erhalten haben, erregt auch im Ausland Entrüstung. So wendet sich Genosse Barine in „L'Humanité“ aufs schärfste gegen die rechtssozialistischen Phantasien. Er erinnert daran, daß im Jahre 1917 nicht etwa Lenin allein mit ein paar Gefinnungsgenossen durch Deutschland nach Rußland gefahren ist, sondern mehr als tausend russische Sozialisten aller Fraktionen haben damals denselben Weg genommen. Martow selbst, Axelrod und die meisten Gegner der Bolschewiki, die sich damals in der Schweiz aufhielten, sind ohne alle Gewissensbedenken über Deutschland nach Hause gefahren. Was aber die 50 Millionen selbst betrifft, so betont Barine mit Recht: Wenn die Regierung der Ebert-Scheidemann-Köster bisher Beweise für den angeblichen Verrat der Bolschewiki nicht veröffentlicht hat, so geht daraus hervor, daß solche Beweise überhaupt nicht existieren. Wenn man daran denkt, mit welcher Schärfe Lenin die Scheidemannler schon seit 1914 angegriffen hat, so ist es klar, daß sie ihn nicht geschont hätten, wenn sie in der Wilhelmstraße für den Bolschewismus belastende Dokumente gefunden hätten. Kautsky hat es sogar gewagt, in seinem Buch über „Terrorismus und Kommunismus“ die albernsten Lügen über die Sozialisierung der Frauen durch die Bolschewiki zu benutzen. Er hatte Gelegenheit, die Archive des deutschen Auswärtigen Amtes durchzusehen. Hätte er dort Dokumente über die Beziehungen der Bolschewiki zur deutschen Regierung im Kriege gefunden, so würde er sie nicht verschwiegen haben.

### Ausland.

#### Rumänien kriegsbereit gegen Sowjet-Rußland.

Bukarest, 27. Januar. Das rumänische Pressebüro meldet: Die rumänische Regierung hat den Belagerungs- und Barwertfahr über die Grenze verboten.

#### Die Krise in England verschärft sich.

Amlich 1 Million Arbeitslose zugegeben. London, 29. Januar. Nach einer Neuentdeckung am 21. Januar die Zahl der Arbeitslosen, die sich angemeldet hatten, 998 000; dabei ist zu berücksichtigen, daß sich zahlreiche Arbeitslose nicht haben eintragen lassen.

Das englische Großkapital benutzt dies als Gelegenheit zur Generalarbeit gegen das Proletariat. Die Lebenshaltung der Arbeiter soll herabgedrückt und die Löhne sollen

# Die Lage im Bauarbeiterverband.

**Die Ausschüsse gehen fort. — In Chemnitz soll eine Sonderorganisation gegründet werden.**

Eine ganze Seite des „Grundstein“ benutzte der Vorstand des Bauarbeiterverbandes, um gegen die „Rote Fahne“ und die Zentrale der D.R.G. zu polemisieren, obgleich er in dem mißglückten Verteidigungsversuch behauptet, „Uns gegen diese ebenso blödsinnig dummen wie lügnertischen Anwürfe zu verteidigen, haben wir nicht nötig“, denn der Vorstand des Bauarbeiterverbandes kann es schriftlich geben.

„dass er zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft viel mehr getan hat, als alle kommunistischen Phrasendrescher zusammen.“

Es ist eine stattliche Sammlung von Kraftwörtern, was da im „Grundstein“ zusammengetragen ist. Hier einige Proben:

„Blödsinnigste Mut der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterung — in der kommunistischen Presse überfugeln sich die heul- und kraftmeiernden Purzelbäume — kommunistische Theaterhelden — bodenlose Dummheit — schmachtvolle Lüge und Wägen — der Wichtigtuer Brandler, der mit allen Wassern gewaschen und natürlich mit der Spitzbubentaktik sehr vertraut ist — wir haben ihn in seiner spitzbubischen Arbeit gestört.“

Zur Sache selbst wird folgendes gesagt:

„Wenn wir jetzt die Bachmann, Brandler, Hecker und Konsorten aus dem Verbande ausschließen, so nicht deshalb, weil sie angeblich Kommunisten sind, sondern weil sie bewußt in größtmöglicher Weise, ja hinterlistig und gemein die gewerkschaftliche Einheit des Verbandes untergraben.“

Was man unter dem „und Konsorten“ zu verstehen hat, zeigt folgender Abschnitt:

„Dass sich der Vorstand des Chemnitzer Vereins hinter Bachmann stellen würde, haben wir vorausgesehen. Durch ein Telegramm, unterzeichnet Graupler, ist das bestätigt worden. Dieser (!) Graupler war bisher Kassierer des Vereins, was er nun natürlich nicht mehr bleiben kann. . . . Wenn Graupler und seine noch ungenannten Genossen den Ausschluß Bachmanns nicht respektieren, werden sie nicht nur ihres Amtes enthoben, sondern auch ausgeschlossen. Dagegen schützt sie kein Geschrei über den Terror der Gewerkschaftsbürokratie.“

Inzwischen haben sich auch die Vertrauensleute der Chemnitzer Bauarbeiter nahezu einstimmig mit dem Genossen Bachmann solidarisch erklärt. Da es den Baeplow und Konsorten nach ihren eigenen Worten gleichgültig ist, ob im Bauarbeiterverband zeitweilig „alles drunter und drüber geht“, wollen sie jetzt eine neue Organisation in Chemnitz gründen. Folgende durch den Druck hervorgerufene Bekanntmachung wird im „Grundstein“ veröffentlicht:

„Den Mitgliedern des Chemnitzer Vereins, die die kommunistischen Umtriebe nicht mitmachen wollen, wird in kürzester Zeit Gelegenheit gegeben werden, sich einen neuen Vorstand zu erwählen, damit die Geschäfte des Vereins baldigst nach den Grundätzen des Verbandes fortgeführt werden können. Der Verbandsvorstand.“

Bauarbeiter ganz Deutschlands! Ihr seht, daß der Protest, der in euren Reihen im ganzen Reich laut wurde, von den Baeplow und Konsorten nicht im mindesten beachtet wird. Mit zynischer Frechheit arbeiten sie weiter an der Zertrümmerung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Wenn es nach dem Willen dieser Leute ginge, wäre der Deutsche Bauarbeiterverband in kurzer Zeit ein Trümmerhaufen. Der Kampf der Bauarbeiter untereinander möge unausbleiblich eure Stofkraft gegenüber dem Unternehmertum wäre lahmgelegt, ihr wäret für eine ganze Weile schutzlos der Unternehmerrückgrat ausgeliefert.

So weit darf es nicht kommen und so weit wird es nicht kommen!

Die Agenten der Baeplow mögen es einmal wagen, nach Chemnitz zu gehen, um dort die Bauarbeiterorganisation zu spalten. Die dortigen Bauarbeiter werden ihnen eine Lektion erteilen, die sie so rasch nicht vergessen werden und die höchstwahrscheinlich auf diese abgebrühten Vurschen einen nachhaltigeren Eindruck machen dürfte als der „bekannte Sturm der Entrüstung“.

Die Baeplow und Konsorten haben kein Recht, Einzelmitglieder oder ganze Ortsgruppen aus dem Bauarbeiterverbande auszuschließen. Mögen sie dazu dekretieren was sie wollen, die Bauarbeiter werden sich daran nicht im mindesten kehren. Der Baeplow ist berufen, die Interessen der Bauarbeiter und ihrer Organisation zu wahren, er hat aber kein Recht, diese Interessen freventlich zu verletzen und die Organisation der Bauarbeiter zu zertrümmern.

Der Chemnitzer Zweigverein und das ganze Zweigvereinsgebiet gehört zum Bauarbeiterverband, mag Baeplow

zehnmal seinen Ausschluß „versagen“. Mag Baeplow die Verbindung mit dem Chemnitzer Zweigverein aufheben, was wahrscheinlich schon geschehen ist,

die Chemnitzer Bauarbeiter werden nach wie vor an ihrer Organisation unverändert festhalten, sie werden vor den Bauarbeitern des ganzen Reiches, vor dem deutschen Proletariat laut und deutlich erklären, daß sie sich bis zum Staatsfinden einer ordentlichen oder außerordentlichen Generalversammlung als zum Bauarbeiterverband gehörig und an dessen Statuten gebunden erachten. Sie werden die Beiträge wie bisher erheben und sie gewissenhaft lokal verwalten, und sie einer außerordentlichen Generalversammlung übergeben, die die Einheit der Bauarbeiterorganisation wieder herstellt.

Allen Versuchen des Vorstandes des Bauarbeiterverbandes, in Chemnitz oder anderswo Konkurrenzorganisationen zu gründen, werden die Bauarbeiter wirksam zu begegnen wissen. Das mögen sich die Baeplow und Konsorten gesagt sein lassen. Diese Herren werden erkennen müssen, daß sie stark nur dann sind, wenn sie unter sich und hinter ihrem Paragraphenbrautverhau geborgen sind. Vor den Massen der Mitglieder sind sie, um ein Wort der Genossin Rosa Luxemburg zu gebrauchen, Zwerge, die noch nicht begriffen haben das Kolossalformat des weltgeschichtlichen Dramas, das sich gegenwärtig abspielt. Der Baeplow wird das nie begreifen und darum wird er purzeln, leben aber wird die Bauarbeiterbewegung, leben wird die proletarische Revolution. Trotz alledem!

## Proteststimmen aus Düsseldorf, Güstrow, Unterach und Braunschweig.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß das lebendige Solidaritätsgefühl der Bauarbeiter im ganzen Reich heute schon erkennen läßt, daß die Absicht der Baeplow und Genossen, die Organisationen der Bauarbeiter in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, an dem Willen der Bauarbeiter zerschellen wird. Aus allen Teilen des Reiches kommen übereinstimmende Meldungen, die besagen, daß die Bauarbeiter ihre Organisation erhalten wollen, und daß sie willens sind, jedem den Stuhl vor die Tür zu setzen, der so wie Baeplow auf die Zertrümmerung der Organisation hinarbeitet. Am 27. Januar haben die Bauarbeiter Düsseldorfs eine Entschiedenheit angenommen, in der gegen den Ausschluß von Kommunisten protestiert wird. Dann heißt es:

Sie fordert deshalb den Ausschluß des Verbandes auf:

- den Beschluß des Zentralvorstandes betr. Ausschluß der Kollegen Brandler, Hecker und Bachmann sofort außer Kraft zu setzen,
- den gesamten Zentralvorstand seiner Funktionen zu entheben,
  - wegen vorsätzlicher Schädigung und versuchter Zerschütterung der Organisation,
  - wegen Unfähigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und insbesondere des Baugewerbes richtig beurteilen und Politik und Taktik danach einstellen zu können,
  - gegen den Willen des kampferprobten Teils der Mitglieder eine den Klassenkampf aufgebende, konterrvolutionäre Politik in Gemeinschaft mit unferm Ausbeutern, den Unternehmern, und der kapitalistischen Regierung getrieben zu haben, durch die die Bauarbeiter Deutschlands der Verachtung des revolutionären Proletariats ausgesetzt sind,
  - wegen Duldung von Personen als Mitglieder, die offensichtlich Arbeiterverrat begangen und durch aktive Beteiligung am Stapp-Putsch den Verband kompromittiert haben.
- Sofort eine Generalversammlung einzuberufen und
- bis zu dieser die Führung der Verbandsgeschäfte provisorisch selbst zu übernehmen.

Die Versammlung fordert den Feiler Kongress, sowie alle Zweigvereine des Verbandes auf, sich dieser Resolution anzuschließen.

Alle auf revolutionärem Boden stehenden Arbeiterblätter werden um Abdruck und Hinweis gebeten.“

Eine ähnliche Resolution haben am 28. Januar die Bauarbeiter in Güstrow angenommen. Die Bauarbeiter der Kriegeshebung Unterach (Bayern) erheben „ganz ernstlich Protest gegen das schamlose Vorgehen des Zentralvorstandes“. Es heißt in der angenommenen Resolution: „Das Aufstreben Brandlers auf dem Betriebsratskongress hat uns genau gezeigt, wie die Interessen der Arbeiter vertritt und wie sie durch Arbeitsgemeinschaften verhandelt.“ Zum Schluß heißt es, wir betrachten die ausgeschlossenen Kollegen nach wie vor als Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes und wir sind stolz darauf, sie in unseren Reihen als Klassenbewußte Kämpfer zu sehen. Am 28. Januar haben Bauarbeiter in Braunschweig dem Hauptvorstand das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Der Schlußsatz der angenommenen Resolution lautet: „Sollte der Ausschluß der Genossen Hecker, Brandler und Bachmann nicht rückgängig gemacht werden, dann muß die Versammlung den Hauptvorstand als Gewerkschaftszersplitterer betrachten und dessen Ausschluß beantragen.“

kräftig vermindert werden. Täglich kommen neue Meldungen über unerhörte Angriffe der Unternehmer. So hat die Badchills Company, der große Bleibergwerke gehören, die Absicht kundgetan, die Löhne ihrer Arbeiter um 25 Prozent herabzusetzen. Die Union der landwirtschaftlichen Arbeiter teilt den Gutsherrn die Forderungen der Landarbeiter mit. (Lohnerhöhung von wöchentlich 10 Schilling und zwei Schilling pro Ueberstunde.) Die Arbeitgeber in Glamorgan antworteten darauf, die Löhne wöchentlich von 50 Schilling auf 46 1/2 herabzusetzen. Die Einkommen der Gutsherrn haben sich während des Krieges und seitdem um mehr als das vierfache vermehrt. Die Arbeiterschaft ist aber entschlossen, diese Angriffe mit aller Macht abzuwehren.

## Die Wirtschaftskrise in Belgien.

Wie aus Antwerpen gemeldet wird, verschärft sich die Krise in Belgien ständig. Besonders gilt dies von der Metallindustrie des Gebiets von Charleroi, wo verschiedene Hochöfen ausgedient worden sind; die Zahl der Erwerbslosen beträgt in der Metallindustrie von Charleroi und Lüttich zusammen über 10 000. Die belgische Glasindustrie befindet sich in einer besseren Lage als die französische; trotzdem ist auch hier mit einer Einschränkung der Produktion zu rechnen. In der Genter Textilindustrie ist ebenfalls keine Besserung der Lage zu bemerken. Die wichtigsten Fabriken arbeiten nur drei Tage in der Woche. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse in Derviers. Im ganzen hat die belgische Textilindustrie 30 000 Erwerbslose, und die noch beschäftigten Arbeiter sind drei bis vier Tage in der Woche tätig.

## Die Jugendlichen Italiens für die kommunistische Partei.

Livorno, 26. Januar. „Nosta Wien.“ In Livorno erklärte Volano im Namen des Sozialistischen Jugendverbandes Italiens, daß der Jugendverband, welcher sich vor 13 Jahren der sozialistischen Partei anschloß, aus der Partei austritt und geschlossen zur neuen kommunistischen Partei übergeht.

## Internationales.

### Die Zukunftsaufgabe des Komitees der 3. Internationale in Frankreich.

Paris, 25. Januar 1921. „Nosta Wien.“ Das Komitee der 3. Internationale veröffentlicht einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit. Nachdem die französische sozialistische Partei den Anschluß an die 3. Internationale vollzogen hat, ist die Aktion des Komitees zum Teil in andere Hände, in die Hände der Partei übergegangen. Inzwischen wird das Komitee der 3. Internationale solange zusammenbleiben, bis die Reorganisation der französischen Partei beendet ist. Bis dahin erblüht es seine Hauptaufgabe in der Unterstützung und Kontrolle der Partei. Jedes Mitglied des Komitees muß dahin wirken, die revolutionären Syndikalistischen und Anarchisten von der Notwendigkeit, die kommunistischen Prinzipien anzunehmen, zu überzeugen und die revolutionären Arbeiter zur Mitwirkung in der Parteiarbeit zu bewegen.

### Pascal über die zukünftige Rolle der Gewerkschaften in Sowjet-Rußland.

Moskau, 24. Januar 1921. (Via Stockholm). „Nosta Wien.“ Pierre Pascal schreibt über die von Lenin, Sinowjew, Kamenev, Tomski, Kossowski u. a. ausgearbeiteten Thesen über die zukünftige Rolle der Gewerkschaften u. a. folgendes: Wenn der nächste Kongress der kommunistischen Partei, der im Anfang März stattfinden wird, die Frage der Gewerkschaften behandeln wird, dann wird sich erst der Fortschritt, der in den letzten Zeiten in Bezug auf die einheitliche Ausarbeitung des Zukunftsprogramms erzielt wurde, in seiner ganzen Bedeutung zeigen. Die in diesen Thesen enthaltenen Vorschläge stellen den fortschrittlichsten Standpunkt dar und benutzen alles, was in anderen Ansichten brauchbar war. Dieser Vorschlag, der sicherlich die Zustimmung der großen Mehrheit der kommunistischen Gruppen erhalten wird, wird der zukünftigen Tätigkeit der Gewerkschaften die endgültigen Richtlinien zeigen. Man kann wahrlich sagen, daß mit diesem Projekt die vorbereitende Periode der Diskussionen über die Rolle der Gewerkschaften beendet ist und daß alle zukünftigen Debatten nur die Aufgabe haben werden, die Einzelheiten der Resolution auszuarbeiten. Wieder einmal zeigt es sich, daß die Diskussion, die in den Augen unserer Feinde als ein Symptom der Schwäche und Desorganisation erscheint, wertvolle Früchte tragen kann, wenn sie die denkende Mitarbeit der Partei des ganzen Landes an der Errichtung des Kommunismus ermöglicht. Unsere Freunde werden sehen, daß Sowjet-Rußland weit entfernt ist, die Gewerkschaften zu vernichten, ihnen vielmehr einen Ehrenplatz in dem konstruktiven Aufbau der Zukunft zu geben wird.

## Kapitalistische Wirtschaft

### Der Konzentrationsprozeß

Deutschland geht weiter. Das Eisenhüttenwerk Thyssen, das schon mit anderen Unternehmen der gleichen Industrie fusioniert ist, hat neuerdings eine Chamottefabrik der Eisenhüttenwerke für Steinfabrikation und Bergbaubetrieb in Thyssen gekauft. Es will neue Hochöfenbetriebe zur Verhüttung von Eisen errichten.

Die deutschen Kalifongerne Bestreben, Winterhall, Scherlehen, Gumpelwerke u. a., die mit über 100 Schachteln über den Hauptteil der deutschen Kaliproduktion verfügen, haben unter der Firma „Deutsche Salzwärme G. m. b. H.“

in Berlin und Hamburg eine Verkaufsorganisation für ihre Erzeugnisse gebildet. Die neue Gesellschaft übernimmt den gesamten Exportvertrieb der genannten Konzerne und verfügt damit über ein Ausführungsmonopol für deutsches Kalz.

Nach einer Aufstellung der „Frankfurter Zeitung“ sind im Jahre 1920 für rund 14 Milliarden Mark neue Kapitalien in die deutschen Industrie- und Handelsunternehmen investiert worden. Der Hauptteil davon diente der Durchführung von Fusionen und Interessengemeinschaften.

### 120 Prozent Profit!

Die Ergebnisse der Waren- und Bedwaren: Kapitalisten schwimmen in Geld, Proletarier laufen nackt! Die Teufel umhastet: er geht nicht auf Klagen über den schlechten Geschäftsgang, ihren Unternehmungen. Betriebs-

stilllegungen sind an der Tagesordnung und häufen sich. Die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter vergrößert sich entsprechend. Man sollte also beinahe meinen, die gesamte Textilindustrie sei pleite und könne ihre Kapitalien nur durch den allmählichen Abbruch ihrer Unternehmen und den Verkauf ihrer fabrikatorischen Einrichtungen ins Ausland retten.

In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, daß von einer Hochkonjunktur in der Textilverarbeitung gesprochen werden kann. Das beweisen nicht nur die Berichte der Handelskammern aus den deutschen Textilstädten, sondern auch die geradezu horrenden Gewinne, die viele Spinnereien und Webereien für das abgelaufene Geschäftsjahr ausschütteten. Um nur ein Beispiel für viele zu geben: Die Mechanische Weberei Sorau, vormals F. A. Martin & Co. verteilte für 1920 außer 20 Prozent Dividende noch 1 500 000

